

Russlands Antwort auf Georgiens Militäroperation in Südossetien¹

Nach der einseitigen Waffenstillstandserklärung vom 7. August 2008 startete Georgien in der Nacht vom 7. auf den 8. August eine groß angelegte Militäroffensive auf das schlafende Zchinwali, Hauptstadt des *de facto* unabhängigen Gebiets Südossetien. Es hatte in der Region zwar bereits seit längerem ständige, sowohl von südossetischer als auch von georgischer Seite ausgehende militärische Provokationen gegeben, die sich nur im Grad der Eskalation voneinander unterschieden; im Laufe des Jahres 2008 nahmen sie jedoch deutlich an Heftigkeit zu. Mit dem Ziel der „Wiederherstellung der verfassungsrechtlichen Ordnung“² begann die georgische Armee schließlich eine groß angelegte Militäroperation, bei der sie schwere Artillerie und Grad-Raketenwerfer gegen ihre Ziele einsetzte. Dies führte nicht nur zur Zerstörung ziviler Gebäude, sondern auch zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Als Reaktion darauf entsandte Russland Truppen in die Krisenregion. Im Zuge des russischen Einsatzes, „mit dem Georgien zum Frieden gezwungen werden sollte“³, wurde die georgische Armee in nur wenigen Tagen aus Zchinwali hinausgedrängt. Um das „Regime“ Michail Saakaschwilis zum Frieden zu zwingen und mögliche Gegenangriffe zu verhindern, musste die russische Armee offiziellen russischen Verlautbarungen zufolge wichtige militärische Anlagen, wie Flughäfen und Schienenverbindungen, in ganz Georgien attackieren. Auf diese Weise drangen die russischen Truppen immer weiter auf georgisches Territorium vor. Dennoch ist anzumerken, dass „friedens erzwingende“ Maßnahmen immer auch zivile Opfer und Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen.

In dieser nur kurzen Beschreibung wird bewusst auf die Darstellung des genauen zeitlichen Ablaufs der Militäraktionen sowie auf exakte Angaben zur Zahl der zerstörten Gebäude, der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie der Getöteten und Verletzten auf beiden Seiten verzichtet, da eine objektive und präzise Bewertung der Situation erheblich mehr Zeit in Anspruch nehmen

-
- 1 Die Autorin dankt Emma Hauer für die Bereitstellung wertvoller Forschungsmaterialien.
 - 2 So Präsident Michail Saakaschwili, zitiert nach: Uwe Klussman, The Story of Tskhinvali's Resistance, in: Spiegel Online, 26 August 2008, unter: <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,574516,00.html> (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).
 - 3 Vgl. Stenogramma vistuplenija i otvetov na voprosi SMI Ministra inostrannich del Rossii S.V. Lavrova [Stenogramm der Erklärung des russischen Außenministers S.V. Lavrov, und seiner Antworten auf die Fragen von Medienvertretern], Moskau, 13. August 2008, unter: <http://www.mid.ru>.

würde, als zum Zeitpunkt der Erstellung des Beitrags zur Verfügung gestanden hatte.

Unmittelbar nach der Krise entwickelten sich die Ereignisse wie folgt: Am 12. August einigten sich der russische Präsident Dmitri Medwedjew und sein französischer Amtskollege Nicolas Sarkozy auf einen Waffenstillstandsplan, der am 15. August von Georgien und am 16. August von Russland unterzeichnet wurde.⁴ Am 20. August unterzeichneten die USA und Polen ein Übereinkommen über die Stationierung einer US-amerikanischen Raketenabwehrbasis auf polnischem Gebiet. Am 26. August unterzeichnete der russische Präsident zwei Dekrete über die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch die Russische Föderation, nachdem die Führungen beider Republiken ebenso wie ihre Parlamente ihre russischen Amtskollegen erneut darum gebeten hatten. Am 17. September unterzeichnete Russland Freundschaftsverträge mit Südossetien und mit Abchasien, das ebenfalls in den Konflikt involviert war, und Vertreter Russlands kündigten in Erwiderung einer entsprechenden Einladung des abchasischen *De-facto*-Präsidenten die Einrichtung eines Militärstützpunktes in Abchasien an. Darüber hinaus gab es Spekulationen, dass die USA eine Militärbasis in Georgien auf bilateraler Grundlage errichten würden, falls die NATO auf ihrem Gipfeltreffen im Dezember 2008 Georgien den Beitritt zum Bündnis nicht konkret in Form der Aufnahme in den *Membership Action Plan* in Aussicht stellen würde. Es ist folglich anzunehmen, dass die Provokationsspirale, an der Russland, Georgien, Südossetien, die USA und die EU beteiligt sind, weiter zunehmen wird.

Der vorliegende Beitrag lehnt Verschwörungstheorien von vornherein ab, die sich in Spekulationen darüber ergehen, Russland habe diesen Krieg von langer Hand geplant und seine Truppen seien bereits in Zchinwali oder auf dem Weg dorthin gewesen, bevor Georgien seinen Angriff auf Südossetien gestartet habe. Des Weiteren werden auch solche Verschwörungstheorien zurückgewiesen, die behaupten, die USA hätten Präsident Saakaschwili dazu ermutigt, den „eingefrorenen“ Konflikt mit Südossetien mittels Gewalt zu lösen, um so den Weg für den NATO-Beitritt frei zu machen. Diese beiden Hauptverschwörungstheorien und weitere ähnliche Spekulationen wurden in US-amerikanischen, europäischen und russischen Medien verbreitet. Derartige Theorien fallen gegenwärtig auf fruchtbaren Boden, da zum jetzigen Zeitpunkt noch immer einige zentrale Fragen ihrer Klärung harren: Warum beschloss Georgien den Angriff auf Zchinwali, insbesondere vor dem Hintergrund der einseitigen Erklärung einer Waffenruhe am Abend des 7. August? Welche Rolle spielten die georgischen Hoffnungen auf eine NATO-Mitgliedschaft? Wie gut hat Georgiens Präsident Saakaschwili sein eigenes Militär unter Kontrolle? Warum verhinderte Russland die georgische Militäropera-

4 Der Text des Friedensplans findet sich in: Council of the European Union, General Affairs and External Relations, Brüssel, 13. August 2008, S. 6-7, 12453/08 (Presse 236), unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/102338.pdf

tion nicht und warum stoppte es sein eigenes militärisches Vorgehen nicht, nachdem die georgischen Truppen aus Zchinwali hinausgedrängt worden waren? Und schließlich: Welche Rolle spielten die Differenzen zwischen Russland und den USA bzw. Russland und der NATO – vor allem in Bezug auf zukünftige NATO-Erweiterungen, die u.a. Georgien und die Ukraine einschließen könnten – in den Überlegungen, wie Russland auf Georgiens Militäroperation reagieren sollte? Beide Protagonisten des Konflikts, Georgien und Russland, beschuldigten sich gegenseitig des Genozids, der gezielten Durchführung „ethnischer Säuberungen“ (*zaciški*) unter der Zivilbevölkerung und der Verübung von Kriegsverbrechen. Der rhetorische Krieg und der „Informationskrieg“ zwischen Georgien und Russland belegen eindrucksvoll das Bismarcksche *Bonmot*, es werde nie so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich im Folgenden auf offizielle Erklärungen, die Reaktion der russischen Medien und die öffentliche Diskussion der Ereignisse sowie auf die in aktuellen Meinungsumfragen geäußerten Einstellungen in der Bevölkerung. Zusätzlich sollen ein Überblick über Russlands Interessen in der Region und die Motive für sein Vorgehen gegeben sowie Hintergrundfaktoren aufgezeigt werden, die eine wesentliche Rolle für Russlands Verhalten in der Krise gespielt haben könnten. Auf die historischen Hintergründe und Entwicklungen des Konflikts zwischen Südossetien und Georgien sowie Abchasien und Georgien wird angesichts der umfangreichen Literatur zu diesem Thema jedoch nicht noch einmal näher eingegangen.⁵ Hauptziel des Beitrags ist es, dem Leser näher zu bringen, wie die konkreten Umstände der Krise in Russland wahrgenommen wurden. Das abschließende Kapitel wird neben einigen generellen Schlussfolgerungen im Hinblick auf die russische Antwort auf Georgiens Militäroperation in Südossetien auch einige allgemeine Bewertungen der Ereignisse nach dem offiziellen russisch-georgischen Waffenstillstand vornehmen.

Russlands offizielle Position

Russland gab als Grund für sein Vorgehen zunächst den von Georgien in Südossetien verübten „Genozid“⁶ an. Präsident Medwedjew erklärte, Russlands „Hauptaufgabe bestand darin, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern und das Leben von Menschen zu retten, für die wir die Verantwortung tragen, zumal viele von ihnen russische Staatsbürger sind“.⁷ Nachdem die in-

5 Für einen Überblick siehe z.B. Bruno Coppieters/Michael Emerson/Michel Huyseune/Tamara Kovridze/Gergana Noutcheva/Nathalie Tocci/Marius Vahl (Hrsg.), *Europeanization and Conflict Resolution – Case Studies from the European Periphery*, Gent 2004.

6 So z.B. Präsident Medwedjew in einem Interview mit BBC Television am 26. August 2008 in Sotschi, unter: http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/3705d761711f0f26c32574b20022cf83?OpenDocument.

7 Ebenda.

ternationale Gemeinschaft das „Genozid“-Argument jedoch als wenig überzeugend zurückgewiesen hatte, beriefen russische Regierungsvertreter sich auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen und machten geltend, dass Russlands Militäreinsatz aufgrund der Notlage russischer Bürger und der Angriffe auf russische Friedenstruppen⁸ zum Zwecke der Selbstverteidigung durchgeführt worden sei. Russlands Truppen seien nicht nur in Zchinwali einmarschiert, um dort ein Ende der Gewalt zu bewirken, sondern seien auf georgisches Territorium vorgedrungen, „um Georgiens aggressives Vorgehen zu unterbinden“.⁹ Trotz des Umfangs der Operation betrachte sich Russland jedoch nicht als Konfliktpartei.¹⁰

Präsident Medwedjew begründete die Anerkennung der Unabhängigkeit zuerst Südossetiens und dann Abchasiens durch Russland damit, dass Russland „verpflichtet war, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen, nachdem Menschen getötet worden waren [...] Dies war die einzige Möglichkeit, weiteres Blutvergießen zu verhindern, die weitere Eskalation zu verhindern und den Tod Tausender unschuldiger Zivilisten zu verhindern [...] Der zweite Grund ist der, das jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat.“¹¹ Russische Militärs hatten nach dem Angriff Georgiens auf Südossetien erklärt, sie hätten Hinweise darauf gefunden, dass Georgien ähnliche Pläne für einen Angriff auf Abchasien gehabt habe. Die russische Staatsduma und der Föderationsrat stimmten daraufhin ohne Einwände oder Vorbehalte für die Anerkennung der Unabhängigkeit beider Republiken. Selbst Politiker, die gewöhnlich dem Kreml eher kritisch gegenüberstehen, stimmten der Politik Präsident Medwedjews und seines Ministerpräsidenten Wladimir Putin zu.

Insgesamt waren Russlands auf das Völkerrecht gestützte Erklärungen weder konsistent noch überzeugend. Dies führt zu den Annahme, dass Russlands Reaktion tiefere Gründe gehabt haben könnte. Tatsächlich sind uns ähnlich lautende Erklärungen – hier vor allem das „Genozid“-Argument – aus dem „Friedenszweckseinsatz“ der NATO im Kosovo 1999 bekannt. Während Russland jedoch in den Jahren nach der Militäroperation der NATO in Jugoslawien den Einsatz von Gewalt und die Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates stets ablehnte und sowohl auf dem Primat der Einhaltung des Völkerrechts als auch auf der Bevorzugung der VN-Or-

8 1991 brach ein bewaffneter Konflikt zwischen der georgischen Armee und südossetischen Truppen aus, in dessen Folge 1992 ein Waffenstillstand vereinbart wurde. Es wurde eine Gemeinsamen Kontrollkommission (*Joint Control Commission*, JCC) eingerichtet und mit der Aufsicht über die Implementierung der Waffenstillstandsvereinbarungen beauftragt. Die JCC setzt sich aus Vertretern Georgiens, Russlands, Südossetiens und Nordossetiens zusammen und ist u.a. für gemeinsame Friedenstruppen verantwortlich, die aus Einheiten der genannten vier Parteien bestehen, in der Praxis jedoch nur von georgischer und russischer Seite gestellt werden.

9 Interview mit BBC Television, a.a.O. (Anm. 6).

10 Russian Minister of Foreign Affairs Sergey Lavrov Commentary on the Speech of British Foreign Secretary David Miliband in Kyiv on 27 August 2008, 1254-27-08-2008, unter: http://www.in.mid.ru/brp_4.nsf/0/9EEF4DE1D8FDDD4BC32574B4001E8521.

11 Präsident Medwedjew in einem Interview mit CNN am 26. August 2008 in Sotschi, unter: http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2008/08/26/2040_type82915type82916_205785.shtml.

gane und ihrer Entscheidungsfindungsprozesse sowie auf der Einhaltung des Prinzips der territorialen Integrität beharrte, ist auffällig, dass Moskau nun im Falle Südossetiens dieselbe Rhetorik benutzt, die im Falle des Kosovo angewandt wurde („Genozid“, „Friedenszwingung“), um sein eigenes Vorgehen in Südossetien zu rechtfertigen. Die Parallele zum Kosovo wurde mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens noch deutlicher. Auf die Frage eines BBC-Reporters, ob er nicht mit zweierlei Maß messe, wenn er nun genau dasselbe tue, was er abgelehnt und als Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet habe, als der Westen das Kosovo anerkannte, erwiderte der russische Präsident: „Das ist ein völlig normales Verhalten. Meine Amtskollegen habe mir bei vielen Gelegenheiten zu verstehen gegeben, dass das Kosovo ein Sonderfall sei, ein *casus sui generis*, wie die Juristen sagen. Okay, wenn Kosovo ein Sonderfall ist, dann ist dies eben auch ein Sonderfall.“¹² Während Russland also in der Vergangenheit konsequent die Einhaltung der Völkerrechtsprinzipien, insbesondere derjenigen der Nichteinmischung und der territorialen Integrität, forderte, handelte es nun urplötzlich in einer Art und Weise, die nicht länger in Einklang mit den Prinzipien stand, die es vorher so vehement verteidigt hatte.

Dieser Widerspruch kann damit erklärt werden, dass Russlands – stets offen vertretene – Meinung bei vielen wichtigen Gelegenheiten ignoriert wurde. So wurde die russische Position insbesondere 1999 im Falle der NATO-Intervention zur Beendigung ethnischer und politischer Repression in Jugoslawien übergegangen,¹³ aber auch Anfang 2008, als viele der führenden westeuropäischen Staaten (darunter Großbritannien, Frankreich und Deutschland) und die USA die Unabhängigkeit des Kosovo nach dessen einseitiger Unabhängigkeitserklärung trotz russischer Einwände anerkannten. Darüber hinaus sind die von Präsident Saakaschwili initiierten Kampfhandlungen in Südossetien tatsächlich ein „Sonderfall“, nämlich insofern, als die meisten der nach der ersten Eskalation in den frühen neunziger Jahren „eingefrorenen“ Konflikte in der GUS auch „eingefroren“ blieben, d.h. kein Oberhaupt eines GUS-Staates hatte bis dahin versucht, die Vereinigung mit einer abtrünnigen, *de facto* unabhängigen Teilrepublik gewaltsam zu erzwingen, schon gar nicht unter Anwendung der Art von Gewalt, die von der georgischen Armee angewandt wurde. Des Weiteren ist nur schwer vorstellbar, dass die Bevölkerung Südossetiens – und auch diejenige Abchasiens – nach dem Angriff auf Zchinwali Georgien jemals wieder vertrauen könnte. Mit den Worten Sergei Lawrows: „Saakaschwili hat diese Frage durch die Anwendung bewaffneter

12 Interview mit BBC Television, a.a.O. (Anm. 6).

13 Das spiegelt sich auch im neuen nationalen Sicherheitskonzept der Russischen Föderation aus dem Jahr 2000 wider: „[...] eine Reihe von Staaten verstärken derzeit ihre Bemühungen, Russland politisch, wirtschaftlich, militärisch und in anderer Hinsicht zu schwächen. Versuche, Russlands Interessen bei der Lösung wichtiger Probleme in den internationalen Beziehungen, u.a. auch bei der Lösung von Konflikten, zu übergehen, können jedoch die internationale Sicherheit, die internationale Stabilität und die positiven Veränderungen in den internationalen Beziehungen untergraben.“ 2000 Russian National Security Concept, unter: <http://www.russiaeurope.mid.ru/russiastrat2000.html>.

Gewalt gegen Menschen, die er nach eigener Aussage als Teil seines Volkes betrachtet, soeben ein für allemal geklärt.“¹⁴ Somit hat Russland mit der Anerkennung der Unabhängigkeit beider Republiken im Grunde lediglich die Realität anerkannt. Und diese Realität sieht so aus, dass es nun einmal *De-facto*-Staaten gibt, die unabhängig von ihrem „Mutterland“ existieren und die Vereinigung mit diesem ablehnen.

Sowohl Russlands Entscheidung im Konflikt zwischen Südossetien und Georgien zu intervenieren (insbesondere die Art der Intervention) als auch der Beschluss zur Anerkennung der beiden Republiken wurden von den Regierungen der USA und der EU-Staaten heftig kritisiert. US-Präsident George W. Bush hob hervor: „Georgien ist eine mutige Demokratie geworden. [...] Das georgische Volk hat sich auf die Seite der freien Welt geschlagen und wir werden es nicht im Stich lassen [...] Bedauerlicherweise neigt Russland dazu, die Ausbreitung von Freiheit und Demokratie als Bedrohung seiner Interessen zu betrachten.“¹⁵ Die USA vertraten den Standpunkt, dass „Russland in einen souveränen Nachbarstaat einmarschiert ist und eine demokratische, vom Volk gewählte Regierung bedroht [...] Dieses Vorgehen gefährdet Russlands Beziehungen – seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu Europa.“¹⁶ Die NATO erklärte, dass ihre Mitglieder „weiterhin besorgt sind über Russlands Vorgehen während der Krise [...] insbesondere angesichts anhaltender Berichte über die bewusste Zerstörung ziviler Infrastruktur durch Russland. Russlands militärisches Vorgehen ist unverhältnismäßig und mit seiner friedenserhaltenden Rolle ebenso unvereinbar wie mit den Prinzipien friedlicher Streitbeilegung, wie sie in der Helsinki-Schlussakte, der NATO-Russland-Grundakte und der Erklärung von Rom festgelegt sind. [...] Wir stellen daher fest, dass wir nicht weitermachen können, als wäre nichts geschehen.“¹⁷ Sowohl die NATO als auch die EU-Staaten bewerteten Russlands Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens als eine direkte Verletzung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Georgiens. Die Präsidenten Estlands, Litauens und Polens sowie der Premierminister Lettlands besuchten Georgien, um ihre „volle Unterstützung für dessen demokratisch gewählten Präsidenten“ zum Ausdruck zu bringen und unterstrichen dabei sowohl ihre nachhaltige Unterstützung für die „territoriale Unversehrtheit Georgiens“ als auch „die Notwendigkeit des

14 Lawrow, a.a.O. (Anm. 10).

15 Präsident George W. Bush, in: Administration of George W. Bush, Remarks on the Situation in Georgia, 15. August 2008, unter: <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/WCPD-2008-08-18/pdf/WCPD-2008-08-18-Pg1131-2.pdf>.

16 The White House, President Bush Discusses Situation in Georgia, 11. August 2008, unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2008/08/20080811-1.html>.

17 NATO, Press Release (2008)104, 19 August 2008, Meeting of the North Atlantic Council at the Level of Foreign Ministers held at NATO Headquarters, Brüssel, 19. August 2008, unter: <http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-104e.html>.

Rückzugs der Besatzungstruppen aus Georgien“.¹⁸ Im Allgemeinen versuchten die EU und ihre Vertreter jedoch eine ausgewogenere Haltung an den Tag zu legen als die USA. So bestand Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner darauf, dass „die EU eine ausgewogene Position zu der Krise in Georgien vertreten müsse, indem sie zwar deutlich Stellung bezieht, die Kommunikationskanäle aber offen hält“.¹⁹ Gleichzeitig beschloss die EU ihre Unterstützung für Georgien zu intensivieren.

Auf die Kritik des Westens an Russlands Anerkennung der beiden Republiken erwiderte Russlands Ministerpräsident Putin: „In den ersten Jahren der Sowjetunion wurden diese Gebiete auf Beschluss Stalins definitiv Georgien zugeschlagen. [...] Wer darauf besteht, dass diese Gebiete weiterhin zu Georgien gehören sollen, ist daher ein Stalinist, da er den Beschluss von Iossif Wissarionowitsch Stalin verteidigt.“²⁰ Er fuhr fort: „Es gefällt uns nicht, was passiert ist, aber wir haben diese Situation nicht heraufbeschworen. [...] in den vergangenen Jahren haben unsere US-amerikanischen Partner die Herrschaft des Stärkeren statt der Herrschaft des Völkerrechts kultiviert. Als wir versucht haben, die Entscheidung über das Kosovo zu stoppen, hat niemand auf uns gehört: Wir sagten: Tut es nicht, wartet; ihr bringt uns im Kaukasus in eine schreckliche Situation. Was sollen wir den kleinen Nationen im Kaukasus sagen, warum das Kosovo seine Unabhängigkeit erhält, sie aber nicht? [...] Wer aber hat die Büchse der Pandora geöffnet? Waren wir das? Nein, wir waren es nicht. Es war nicht unsere Entscheidung, und es war nicht unsere Politik.“²¹

In zahlreichen Interviews beschuldigten russische Offizielle explizit oder implizit die USA der Unterstützung Georgiens, die, der russischen Argumentation folgend, Saakaschwili ermuntert habe, Zchinwali am 8. August anzugreifen. So erinnerte Putin beispielsweise daran, dass „die andere Seite – ich meine die georgische Seite – mit Unterstützung der Vereinigten Staaten“ während der gesamten neunziger Jahre und auch später noch „alle [Südossetien und Abchasien betreffenden, E.K.] Abkommen auf schamloseste Art und Weise verletzt hat“.²² Und Russlands Außenminister Lawrow konstatierte: „[Wir] wissen, wie seine [Saakaschwilis, E.K.] westlichen Helfer, einschließlich London, ihm alles zu verzeihen pflegten, nicht nur das, was er in Südossetien und Abchasien tat [...] Sie verziehen ihm auch die Auflösung von Demonstrationen, die brutalen Einschränkungen der Tätigkeit der Oppo-

18 Statement by the Presidents of Estonia, Lithuania, Poland and the Prime Minister of Latvia on the further conflict resolution in Georgia, Warschau, 12. August 2008, unter: <http://www.mfa.gov.lv/en/ireland/news/press-releases/template/?pg=10747>.

19 European Parliament, MEPs debate the situation in Georgia, 1. September 2008, unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=EN&type=IM-PRESS&reference=20080829IPR35626>.

20 Transcript: CNN Interview with Vladimir Putin, 29. August 2008, unter: <http://edition.cnn.com/2008/WORLD/europe/08/29/putin.transcript/index.html#cnnSTCText>.

21 Ebenda.

22 Ebenda.

sition und die Schließung oppositioneller Medien.²³ Darüber hinaus stellte das russische Außenministerium fest: „[...] natürlich können wir auch die Tatsache nicht unberücksichtigt lassen, dass Washington uns in den letzten Jahren stets und ständig versichert hat, es sei keineswegs gegen Russland gerichtet, dass es Georgien mit Waffen voll pumpt. Der wahre Wert solcher Zusicherungen tritt nun, da Tausende Menschen in Südossetien, unter ihnen russische Friedenssoldaten, verletzt oder getötet wurden, umso deutlicher zutage.“²⁴ Die nach der Einstellung der Kampfhandlungen in der Region auftauchenden Schiffe der USA und der NATO wurden verdächtigt, Waffen an Georgien zu liefern.²⁵ Die Militärhilfe der USA für Georgien habe „das unverantwortliche und unberechenbare Regime [Saakaschwilis, E.K.] vielmehr zu seinem Vabanquespiel ermutigt“.²⁶

Die gegenseitigen Anschuldigungen illustrieren, dass die Südossetienkrise die Probleme widerspiegelt und sogar noch vertieft hat, die sich in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen bereits vorher angehäuften hatten. Diese Probleme betreffen nicht nur die unterschiedlichen Ansätze Russlands und des Westens gegenüber dem postsowjetischen Raum, sondern auch direkte bilaterale Schwierigkeiten – Hinterlassenschaften des Kalten Krieges wie Misstrauen, Missverständnisse und Verdächtigungen – sowie darüber hinaus den sich stetig verschärfenden Konkurrenzkampf um Einfluss und Macht in den internationalen Beziehungen, Lücken und Unklarheiten im Völkerrecht sowie die Ungewissheit im Hinblick auf den Stand und die langfristigen Perspektiven der russisch-westlichen Beziehungen und das internationale Sicherheitssystem im Allgemeinen. Russlands Beziehungen zum Westen, und insbesondere zu den USA, verschärfen sich deutlich, nachdem die westlichen Staaten begonnen hatten, über Sanktionen gegen Russland zu beraten.

Die Situation kann daher insgesamt als eine Spirale der Konfrontation beschrieben werden. Nachdem die georgische Armee, ausgebildet von NATO- und insbesondere US-amerikanischen Militärberatern und ausgerüstet gemäß NATO-Standards, einen russischen Protegé, Südossetien, angegriffen und Russland mit dem Einmarsch in georgisches Hoheitsgebiet reagiert hatte und nur wenige Tage nachdem der Sechs-Punkte-Friedensplan unterzeichnet worden war und die USA Russland mit Sanktionen gedroht hatten, unterzeichneten die USA und Polen ein Übereinkommen über die Stationierung

23 Lawrow, a.a.O. (Anm. 10).

24 Russian MFA Information and Press Department Commentary in Connection with Agreement to Deploy Elements of US Strategic Missile Defense System in Poland, 20. August 2008, unter: http://www.in.mid.ru/brp_4.nsf/f68cd37b84711611c3256f6d00541094/bcb38ee721895315c32574ac003fc65d?OpenDocument.

25 Interview mit BBC Television, a.a.O. (Anm. 6).

26 Stenogramma vistuplenija Ministra inostrannich del Rossii S.V. Lavrova v MGIMO(U) MID Rossii po slučaju načala novogo učebnogo goda [Stenogramm der Rede des russischen Außenministers S.V. Lavrov im MGIMO(U) des Außenministeriums anlässlich des Beginns des neuen Studienjahres], Moskau, 1. September 2008, unter: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/DC8247EE1ACB0D95C32574B70038A1A5.

einer US-Raketenabwehrbasis in Polen. Russland hatte diese Pläne mehrfach kritisiert. Das russische Außenministerium bemerkte dazu, dass „der Zeitpunkt für die Unterzeichnung des amerikanisch-polnischen Übereinkommens, das Auswirkungen auf die Sicherheit zahlreicher europäischer Staaten hat, nicht zufällig gewählt war. Wir haben die Äußerungen polnischer Offizieller, die Ereignisse im Kaukasus hätten Polens Entscheidung zum Abschluss des Übereinkommens beschleunigt, zur Kenntnis genommen.“²⁷ Nur wenige Tage nach der Unterzeichnung des Übereinkommens erkannte Russland die Unabhängigkeit sowohl Südossetiens als auch Abchasiens an. Damit nicht genug, begann Russland nach der Unterzeichnung von Freundschaftsverträgen mit beiden Staaten am 17. September, nun offener über die Einrichtung einer oder mehrerer Militärstützpunkte auf dem Territorium der beiden Republiken zu sprechen. Dieser Schritt zielt eher in Richtung der USA – als Gegenmaßnahme zu deren Plänen zum Aufbau von Militärstützpunkten in Rumänien und Bulgarien sowie des erwähnten Raketenabwehrsystems mit Komponenten in Polen und der Tschechischen Republik – als auf die EU, die in diesem konkreten Sachverhalt als weitaus neutraler wahrgenommen wird, da die meisten EU-Staaten an der Position festhalten, dass der Dialog mit Russland fortgesetzt werden müsse. Vermutlich ließ die russische Führung Saakaschwilis militärisches Vorgehen auch mit dem Hintergedanken zu, dem Westen auf diesem Wege zu demonstrieren, dass Georgien für einen NATO-Beitritt nicht stabil genug ist. Aber anstatt Georgien zu kritisieren, reagierten die westlichen Regierungen mit Kritik an Russland. Nur allmählich begannen westliche Politiker einzuräumen, dass Georgien in dieser Situation der Aggressor war. Es ist anzunehmen, dass Russland im Falle einer ausgewogeneren Bewertung des russischen und des georgischen Vorgehens durch den Westen wohl nicht so weit gegangen wäre, die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anzuerkennen.

Obwohl Russland im Falle der Anerkennung Südossetiens (und Abchasiens) einseitig handelte und die Meinung der westlichen Staaten hinsichtlich seines Vorgehens geflissentlich ignorierte, zeigt der enorme Umfang an Interviews, die russische Offizielle den verschiedensten Vertretern westlicher Medien gegeben haben, dass Russland bestrebt ist, die konstruktive Kooperation mit dem Westen aufrechtzuerhalten.

Die Darstellung der Ereignisse in den russischen Medien

Die erste Reaktion in den russischen Medien auf Georgiens Militäroperation war Schock. Sämtliche Medien berichteten über die Ereignisse und zeigten die Opfer des georgischen Angriffs auf Zchinwali, Menschen auf der Flucht nach Russland, die Zerstörung der Stadt – vor allem der zivilen Infrastruktur

27 Russian MFA Information and Press Department, a.a.O. (Anm. 24).

wie Krankenhäuser, Schulen und die Universität – und Augenzeugen, die fürchterliche Menschenrechtsverletzungen durch die georgische Armee beschrieben. Sowohl in den staatlich kontrollierten als auch in den wenigen unabhängigen Medien war die erste Reaktion gleich: Die russische Führung habe gar keine andere Wahl gehabt, als in dieser Situation einzugreifen. Ein weiterer Schock war, dass sich Russland nun im Krieg befand, und das mit einem Land, mit dem es traditionell enge Kontakte pflegte – mit Georgien. Niemand konnte wissen oder vorhersagen, wie lange der Krieg zwischen Russland und Georgien dauern würde.

Russlands Intervention wurde als ein richtiger Schritt dargestellt, nicht aus völkerrechtlicher Sicht, aber im Sinne des gesunden Menschenverstandes, der Moral und der Gerechtigkeit: In unmittelbarer Nähe der russischen Grenze starben Zivilisten und hofften Menschen verzweifelt auf Hilfe. In den meisten Diskussionen wurde darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Südossetiens Russen seien, aber das spiele eigentlich auch keine Rolle; Russland habe so oder so eingreifen müssen, um ihr Leben retten, vor allem, da kein anderer Staat und keine andere internationale Macht bereit gewesen sei zu intervenieren. Die meisten Kreml-nahen und oppositionellen Journalisten und Politiker übten Kritik an Präsident Saakaschwili. Kritische russische Beobachter verglichen den von ihm veranlassten groß angelegten militärischen Angriff auf Südossetien mit Putins Versuch im Jahre 1999, „Ordnung“ in Tschetschenien herzustellen.

Während die staatlich kontrollierten Medien in den folgenden Tagen fortführen die Ereignisse in Südossetien in der beschriebenen Weise darzustellen, begannen kritischere Medien die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Meldungen in Frage zu stellen, die von den Kreml-treuen Fernsehsendern, deren Korrespondenten Informationen aus erster Hand aus dem Konfliktgebiet erhielten, präsentiert wurden. Allmählich begannen die kritischen Medien nun auch über zivile Opfer in den georgischen Städten Poti und Gori, die unter dem Vorgehen des russischen Militärs litten, zu berichten. Einige Oppositionsvertreter, wie zum Beispiel ein ehemaliger Wirtschaftsberater Präsident Putins, der sich im Radiosender *Echo Moskvi* äußerte, nahmen progeorgische Positionen ein und bezeichneten Russland als Aggressor, auf dessen Militäraktion Georgien lediglich reagiert habe.

Generell lief die Argumentation kritischer russischer Journalisten und Politologen darauf hinaus, dass Russland zwar zu Recht eingegriffen, die „Legitimität“ seines Handelns jedoch durch das weitere Vorrücken auf georgisches Gebiet untergraben habe. Darüber hinaus stellten sie folgende Fragen: Ging es Russland wirklich um seine Staatsbürger in Südossetien oder war das russische Vorgehen eher dazu gedacht, Präsident Saakaschwili, aber auch seine Unterstützer (vor allem die USA) in ihre Schranken zu verweisen und gleichzeitig Russlands Macht zu demonstrieren? War Russland wirklich nicht in der Lage gewesen die georgische Militäroperation zu verhindern? Hatte der russische Geheimdienst nichts von den georgischen Angriffsvorbereitungen

gewusst? Die Kritiker bemerkten außerdem, Russland habe durch sein militärisches Vorgehen in Tschetschenien seine „Legitimität“, im Namen der Menschenrechte zu sprechen, verwirkt. Zwar beschuldigte Außenminister Lawrow den Westen, Saakaschwilis „Eskapaden“, seine „autoritären Tendenzen im Lande, die Unterdrückung der Opposition und der oppositionellen Medien, die Auflösung von Demonstrationen, die Manipulation von Wahlen“,²⁸ toleriert zu haben, allerdings waren diese „Eskapaden“ auch in Russland zur Zeit von Putins Präsidentschaft an der Tagesordnung und sind es noch.

Ein weiterer Kritikpunkt waren die Probleme und die Instabilität im russischen Nordkaukasus. Während sie weiterhin ungelöst blieben, habe Russland sich entschieden, Ressourcen und Gelder in Südossetien und Abchasien zu investieren. Unklar sei auch, wie loyal die Präsidenten der beiden Republiken überhaupt Russland gegenüber sind.

Ein weiteres sowohl in den staatlich kontrollierten als auch in den kritisch eingestellten Medien häufig diskutiertes Thema, war die – antirussische – Art und Weise der Darstellung der Ereignisse in den westlichen Medien. Während Russland aus dem militärischen Feldzug gegen Georgien als Sieger hervorging, entschied Georgien den „Informationskrieg“ für sich. Mehrere Sendungen der Kreml-treuen Fernsehsender Kanal 1 und *Rossija* gingen sogar so weit zu erklären, dass der Hass des Westens auf Russland seit Jahrhunderten existiere und die Art der Bewertung der Ereignisse seitens westlicher Politiker und Medien lediglich eine weitere Manifestation dieses Hasses sei. Diese Perzeption des Westens als „antirussisch“ wurde noch dadurch verstärkt, dass selbst nachdem Zchinwali von Georgien bombardiert worden war und Saakaschwili alle russischen Rundfunkausstrahlungen in Georgien eingestellt hatte, um die georgische Bevölkerung am Empfang jeglicher kritischer Berichterstattung über sein Vorgehen zu hindern, viele EU- und NATO-Staaten Georgien noch immer eine „mutige Demokratie“ nannten.

Was die Anerkennung der Unabhängigkeit anbelangt, so bedauerten kritische Journalisten und Vertreter der Opposition die Wahl des Zeitpunkts für diese Entscheidung, in dem sie eine weitere Drehung in der Spirale der Konfrontation mit den USA sahen, und warnten vor den möglichen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen für Russland, die möglicherweise sogar bis hin zur Isolation des Landes führen könnten. So bemerkte ein Experte auf *Echo Moskvi*, das Land Puschkins, Tolstois und Dostojewskis habe nun neue Freunde in Cuba, Nicaragua und in der Hamas gefunden, die ebenso wie Russland die Unabhängigkeit Südossetiens anerkannt hatten. Nicht ein einziger Verbündeter Russlands in der GUS war dem Vorbild Moskaus gefolgt. Gleichzeitig mussten jedoch selbst kritische Stimmen zugeben, dass Südos-

28 Transcript of Remarks and Response to Media Questions by Minister of Foreign Affairs of the Russian Federation Sergey Lavrov, Sotschi, 26. August 2008, auf: http://www.ln.mid.ru/BRP_4.NSF/f68cd37b84711611c3256f6d00541094/1ea7f31a718b3783c32574b30042c162?OpenDocument.

setien und Abchasien *de facto* seit den neunziger Jahren unabhängig waren und Russland die Situation eigentlich nur realistisch bewertete.

Während die staatlich kontrollierten Medien erklärten, der Westen sei nicht in der Lage, wirksame Sanktionen gegen Russland zu verhängen, da die westlichen Staaten aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten Russlands und des Westens auf vielen Gebieten selbst unter den Sanktionen leiden würden, wiesen die kritischen Medien darauf hin, dass das einzig wirksame Instrument des Westens in ähnlichen Maßnahmen wie die gegen Belarus verhängten bestehen könnte: Visarestriktionen für russische Politiker und Einfrieren ihrer Vermögen und Bankkonten im Ausland. Aber auch die kritischen Medien sahen ein, dass der Westen nicht zu solchen Maßnahmen greifen würde, da Russland nicht Belarus sei und der Westen, insbesondere die EU, in vielfältiger Hinsicht, vor allem im Energiebereich, von Russland abhängig sei. Alles in allem war es trotz der Dominanz offizieller Standpunkte in der Berichterstattung der Medien doch möglich, kritische Meinungen und Debatten sowohl zu hören als auch zu lesen.

Die Meinung der russischen Bevölkerung zur Situation in Georgien

Das vorige Kapitel hat gezeigt, dass in den russischen Medien durchaus unterschiedliche Positionen (die georgische Haltung eingeschlossen) vertreten und – sehr emotionale – Debatten zwischen den Vertretern konträrer Positionen geführt wurden. Nichtsdestoweniger ist darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung Informationen nur aus staatlich kontrollierten Fernsehsendern bezieht. Auch wenn kritische und objektive Journalisten und Experten durchaus ihre Publikum haben, bleiben sie doch in der Minderheit. Vor diesem Hintergrund lässt sich insgesamt ein Konsens in der russischen Gesellschaft im Hinblick auf die Bewertung der August-Ereignisse in Georgien feststellen.

Fünfundzwanzig Prozent der vom Levada-Zentrum Befragten denken, dass sie sehr gut verstehen, was in Südossetien vorgefallen ist.²⁹ Laut Umfrage eines weiteren Meinungsforschungsinstituts, VTSIOM, sind sich 76 Prozent der tragischen Ereignisse dort sehr bewusst und 83 Prozent bezeichneten die Eskalation des Konflikts als „einen militärischen Konflikt großen Maßstabs oder sogar als Krieg“.³⁰ Wie die folgenden Tabellen³¹ illustrieren, sieht die Mehrheit der Bevölkerung in den Handlungen und der Politik der USA, der NATO und Georgiens die Hauptursachen für die Destabilisierung der Situation.

29 Vgl. Mnenie Rossijan o konflikte v Gruzii: opros 15-18 avgusta [Die Meinung der Russen zum Konflikt in Georgien: Meinungsumfrage vom 15. bis 18. August], Levada-Zentrum, 21. August 2008, unter: <http://www.levada.ru/press/2008082100.html>.

30 Tragedija v Južnoj Osetii: kto vinovat? [Die Tragödie in Südossetien: Wer ist schuld?], VTSIOM, Pressemitteilung Nr. 1021, 14. August 2008, unter: http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/10500.html?no_cache=1&cHash=abf66aef62.

31 In: Mnenie Rossijan o konflikte v Gruzii, a.a.O. (Anm. 29); Angaben in Prozent.

<i>Was, glauben Sie, war die Hauptursache für den Konflikt in Südossetien?</i>	
Die Politik der georgischen Regierung gegenüber der südossetischen und der abchasischen Bevölkerung war diskriminierend	32
Die Führungen der nichtanerkannten Republiken Südossetien und Abchasien versuchen durch die ständige Provokation von Spannungen an der Macht zu bleiben	5
Die Regierung der Russischen Föderation bedient sich einer Politik des „Teile und Herrsche“, um ihren Einfluss im Kaukasus zu erhalten	5
Die US-Regierung strebt danach, ihren Einfluss auf die Nachbarstaaten Russlands auszuweiten	49
Keine Antwort	10

<i>Warum, glauben Sie, hat Georgien versucht, Gewalt gegenüber Südossetien anzuwenden?</i>	
Es war ein Versuch die territoriale Einheit des Landes wiederherzustellen	15
Georgien hatte genug von den Attacken und Provokationen Südossetiens	4
Um NATO-Mitglied zu werden, muss Georgien seine territorialen Probleme lösen	43
Saakaschwili hat die Aktion mit dem Ziel gestartet, seine Herrschaft in Georgien zu stärken und seine Position als Präsident zu erhalten	38
Keine Antwort	13

Die Umfragen sowohl von VTSIOM als auch von Levada kamen zu dem Ergebnis, dass zwei Drittel der russischen Bevölkerung dem zustimmen, dass die russische Regierung in dieser Situation eingreifen musste und dass sie alles getan habe, um eine Eskalation des Konflikts und weiteres Blutvergießen zu verhindern. Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortete außerdem die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens als unabhängige Staaten durch Russland. Vierzig Prozent sind sogar davon überzeugt, dass Russland davon profitieren werde.³²

Generell befürworteten 73 Prozent der Bevölkerung die Handlungen Medwedjews als russischer Präsident und 83 Prozent befürworteten die Handlungen von Ministerpräsident Putin.³³ Die Popularitätswerte Putins blieben somit über denen Medwedjews. Während die Medien vor dem Konflikt (i.e. im Juni und Juli) mehr über Medwedjew und weniger über Putin berichtet hatten, feierte Putin nach der Eskalation des Georgienkonflikts nun ein eindrucksvolles

32 Vgl. Rossijane o situazii v Abchazii i Južnoj Osetii [Die russische Bevölkerung zur Situation in Abchasien und Südossetien], Levada-Zentrum, 22. September 2008, unter: <http://www.levada.ru/press/2008092201.html>.

33 Vgl. Vlijanie konflikta v Gruzii na rejtingi prezidenta i premera [Der Einfluss des Georgienkonflikts auf die Umfragewerte des Präsidenten und des Ministerpräsidenten], Levada-Zentrum, 21. August 2008, auf: <http://www.levada.ru/press/2008082102.print.html>.

„Comeback“ auf die russischen Bildschirme. Neunundvierzig Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass Medwedjew und Putin sich die Macht gleichmäßig teilen, während 26 Prozent glauben, dass die Staatsgewalt in den Händen Putins liegt, und 14 Prozent davon überzeugt sind, dass Medwedjew der wahre Führer Russlands ist.³⁴ Aber auch wenn unter der russischen Bevölkerung unterschiedliche Meinungen in Bezug auf die Frage, wer die wahre Macht im Lande habe, herrschen, so bewerten doch 86 Prozent der Befragten Medwedjews Politik als eine Politik der Kontinuität.³⁵

Und schließlich glauben laut der Levada-Umfrage 66 Prozent der russischen Bevölkerung, dass sich die westlichen Staaten für eine Unterstützung Georgiens entschieden haben, um Russland zu schwächen und es aus der Region zu verdrängen.³⁶

Der Hintergrund der russischen Reaktion

Um die Reaktion Russlands auf die Eskalation des georgisch-südossetischen Konflikts verstehen zu können, ist es notwendig, die Ereignisse im größeren Kontext zu betrachten. Obgleich Russland seine Intervention mit der Notwendigkeit begründete, das Blutvergießen zu beenden und russische Bürger zu schützen, entstanden seine Interessen in Südossetien und Abchasien nicht erst in der Nacht vom 7. auf den 8. August. Nicht zufällig hatte die Bevölkerungsmehrheit beider Republiken bereits während der Phase der *De-facto*-Unabhängigkeit russische Pässe erworben. In gewisser Weise wurde Russland Geisel seiner eigenen Politik: Eben weil seine Staatsbürger in Gefahr waren und weil Saakaschwili einen Protegé Russlands angriff, musste Russland reagieren.

Südossetien ist für Russland strategisch unwichtig. Ein deutlich größeres Interesse hat Russland an Abchasien, das am Schwarzen Meer liegt. Die Region war schon immer ein beliebtes Reiseziel russischer Touristen. Abchasien könnte auch für den Energietransport vom Kaspischen Meer nach Russland und von dort weiter nach Europa wichtig werden. Russland ist bestrebt, die Transitrouten für seine Energielieferungen in die EU zu diversifizieren, und versucht gleichzeitig, die EU an der Realisierung von Vorhaben zu hindern, mit denen die Abhängigkeit von Russland durch die Diversifizierung von Energiequellen und Transportrouten verringert werden soll.³⁷ In Abcha-

34 Vgl. ebenda.

35 Vgl. ebenda.

36 Vgl. Mnenie Rossijan o konflikte v Gruzii, a.a.O. (Anm. 29).

37 Eines der prominentesten Diversifikationsprojekte der EU, das auch von den USA unterstützt wird – der Bau der Nabucco-Pipeline, die Gas vom Kaspischen Meer und aus den zentralasiatischen Regionen, einschließlich des Iran, Aserbaidschans, Turkmenistans und Kasachstans, in die Länder Mittel- und Osteuropas transportieren soll und dabei russisches Territorium umgehen würde –, könnte in Gefahr geraten, da es der EU möglicherweise nicht gelingt, bindende Verträge über den Kauf zentralasiatischen Gases abzuschließen. Im Mai 2007 kamen die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Turkmenistans überein,

sien unterhielt Russland außerdem bereits eine Militärbasis in Gudauta, die es jedoch im Rahmen der Verpflichtungen, die Moskau auf dem Istanbuler Gipfeltreffen der OSZE im Jahr 1999 eingegangen war, schließen musste. Diese Verpflichtungen wurden von Russland allerdings nie komplett erfüllt. Da Russland Abchasien nun als souveränen Staat betrachtet und Abchasien die russische Militärpräsenz auf seinem Territorium willkommen heißt, könnte Gudauta erneut als russische Militärbasis genutzt werden. Eine russische Militärbasis in Abchasien könnte wiederum strategische Bedeutung erlangen, wenn die USA oder die NATO Militärstützpunkte in Georgien errichten sollten. Darüber hinaus haben Abchasien und Russland die Idee diskutiert, die russische Schwarzmeerflotte dort zu stationieren. Dieser Gedanke ist insbesondere vor dem Hintergrund interessant, dass Russland den größten Stützpunkt seiner Schwarzmeerflotte in Sewastopol von der Ukraine lediglich gepachtet hat. Die derzeitige ukrainische Regierung ist unterdessen nicht bereit, das entsprechende Abkommen über dessen Ablaufdatum 2017 hinaus zu verlängern.

Russland unterstützte Südossetien und Abchasien in den neunziger Jahren, als es seinen Einfluss auf Georgien allmählich einzubüßen begann, um seinen Einfluss auf die beiden Republiken als Hebel gegenüber dem westlich-orientierten Georgien einsetzen zu können. Während Georgien 1993 noch dem russisch dominierten Vertrag über kollektive Sicherheit (VKS) beigetreten war, der als Grundlage einer militärischen Union der GUS-Staaten gedacht war, erneuerte die georgische Führung 1999 die Mitgliedschaft nicht mehr, da sie bereits die Mitgliedschaft in der NATO anstrebte. In der Folge der sogenannten Rosenrevolution im Jahr 2003³⁸ kam der prowestliche Politiker Michail Saakaschwili an die Macht. Die Wiedervereinigung Georgiens wurde zu einer seiner wichtigsten Prioritäten, die Mitgliedschaft in der NATO eine weitere. Während die Spannungen in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO, und insbesondere im Verhältnis Russlands zu den USA, in vielen Bereichen zunahm, verstärkten die transatlantischen Akteure ihre Kooperation mit Georgien. Während die EU, in Russland als der „gute“ Westen wahrgenommen,³⁹ sich in der Region eher passiv verhielt, intensivierte sich die militärische Zusammenarbeit Georgiens sowohl mit der NATO als auch mit den USA. Nadeschda Arbatowa bemerkte dazu, dass die

eine neue transkaspische Gasleitung für den Transport von Erdgas aus Turkmenistan nach Europa entlang der Küste des Kaspischen Meeres via Kasachstan und Russland zu bauen. Ausführlichere Informationen zur Nabucco-Pipeline finden sich auf der offiziellen Betreiberwebsite: <http://www.nabucco-pipeline.com>. Georgien spielt in den Diversifizierungsplänen der EU eine wichtige Rolle. Die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC) mit einer Kapazität von einer Million Barrel Rohöl pro Tag ging 2005 ans Netz. Sie transportiert kasachisches Öl nach Europa und umgeht dabei ebenfalls russisches Territorium.

38 Vgl. Valerie J. Bunce/Sharon L. Wolchik, International Diffusion and Postcommunist Electoral Revolutions, in: *Communist and Post-Communist Studies* 3/2006, S. 283-304; Jonathan Wheatley, *Georgia from National Awakening to Rose Revolution: Delayed Transition in the Former Soviet Union*, Aldershot 2005

39 Vgl. Dmitry Danilov, *Russia and European Security*, in: Dov Lynch (Hrsg.), *What Russia Sees*, Paris 2005, S. 79-99, hier: S. 87.

NATO mit ihrer Unterstützung für Georgiens NATO-Ambitionen gleichzeitig den antirussischen Charakter der georgischen Westausrichtung akzeptiert und sogar gefördert habe. Dies habe die Beziehungen zu Russland jedoch nicht belastet.⁴⁰ Eine Erklärung dafür, warum Russland die NATO und die USA als den „bösen“ Westen betrachtet, gibt Andrei Zyngankow: „Während sie Russland Vorträge darüber hielten, wie wichtig es sei, das ‚geopolitische Denken des 19. Jahrhunderts‘ zu überwinden, führten die USA Krieg auf dem Balkan, starteten zwei NATO-Erweiterungsrunden, traten vom ABM-Vertrag zurück, richteten eine Militärpräsenz in Zentralasien ein [sowie Militärstützpunkte in Rumänien und Bulgarien, E.K.], fielen in den Irak ein und kündigten Pläne zur Stationierung von Komponenten eines ballistischen Raketenabwehrsystems in Osteuropa an.“⁴¹ Darüber hinaus nahmen die Aktivitäten der USA in der gesamten GUS-Region deutlich zu.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 wurde Georgien schließlich die NATO-Mitgliedschaft für einen späteren Zeitpunkt zugesichert. Allerdings wurde es nicht in den *Membership Action Plan* (MAP) aufgenommen. In der Gipfelerklärung heißt es: „Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens, die dem Bündnis beitreten wollen. Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden. [...] MAP-Status ist für die Ukraine und Georgien der nächste Schritt auf ihrem direkten Weg zur Mitgliedschaft. Heute machen wir deutlich, dass wir die MAP-Anträge dieser Länder unterstützen.“⁴² Direkt an Georgien war unterdessen die Kritik gerichtet, dass „Länder, die selbst in regionale oder innere Konflikte verstrickt sind [...] nicht Mitglied der Nato sein“⁴³ können. Die Frage des MAP wird während des NATO-Gipfels im Dezember 2008 erneut erörtert werden.

Russland hat mehrfach betont, dass eine NATO-Erweiterung um Mitgliedstaaten der GUS inakzeptabel sei, und weitere Schritte der USA und der NATO, die als antirussisch empfunden werden, kritisiert. Laut dem russischen Verteidigungsministerium entwickle sich die „Zusammenarbeit mit der NATO insgesamt zwar in einer günstigen politischen Atmosphäre. Aber die Sache ist fragil. Sie kann infolge übereilter und unüberlegter Aktionen z.B. im Zusammenhang mit der Einladung bestimmter GUS-Länder zum NATO-Beitritt schnell zerstört werden. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass

40 Interview der Autorin des vorliegenden Beitrags mit Nadeschda Arbatowa, Leiterin der Abteilung für internationale Probleme Europas, Zentrum für Europastudien am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau, Oktober 2008.

41 Andrei Tsyngankow, *The West Needs to Make up for Past Mistakes on Russia*, Radio Free Europe/Radio Liberty, 27. August 2008.

42 Gipfelerklärung von Bukarest. Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 3. April 2008 in Bukarest, unter: http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/GipfelerklBukarest_Seite.html.

43 Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der 41. Kommandeurtagung der Bundeswehr, Berlin, 10. März 2008, unter: http://www.bundeskanzlerin.de/nn_5296/Content/DE/Rede/2008/03/2008-03-10-rede-merkel-kommandeurtagung.html.

es keinen ernst zu nehmenden und stichhaltigen Grund für die geographische Expansion der NATO gibt.⁴⁴ Präsident Medwedjew erklärte, dass „kein Staat darüber erfreut sein kann, dass ein militärischer Block, dem es selbst nicht angehört, näher an seine Grenzen heranrückt“.⁴⁵ Russische Regierungsvertreter haben unterdessen gewarnt, Russlands Politik innerhalb der GUS werde in Zukunft deutlich bestimmter. In der Folge verstärkte Russland nach April 2008 seine Beziehungen zu beiden abtrünnigen georgischen Regionen. Insgesamt ist festzuhalten, dass Russlands Reaktion auf Georgiens Militäroperation in Südossetien auch eine Reaktion auf die Ausweitung des Einflusses der NATO und der USA in einem Gebiet ist, das Russland als seine „traditionelle“ Interessenssphäre wahrnimmt. Der russische Außenminister erklärte: „Saakaschwili und diejenigen, die hinter ihm stehen [...] hatten beschlossen, die Stärke der russischen Macht zu testen“.⁴⁶ Andrei Zyganow kommt zu dem Schluss: „Entgegen ihrer Absicht drängen die Vereinigten Staaten den Kreml dazu, drastische Maßnahmen zur Verteidigung seiner Interessen zu ergreifen. Die jüngste Krise im Kaukasus war vielleicht nur der Auftakt zu einer Serie weiterer Krisen im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.“⁴⁷

Schlussfolgerung

Obwohl es in Russland durchaus unterschiedliche Ansichten über die Situation in Südossetien gibt, kann man doch von einem generellen Konsens in der russischen Gesellschaft und innerhalb Russlands politischer Elite sprechen, der auch die offizielle Position der Russischen Föderation widerspiegelt. Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet die Entscheidungen und Maßnahmen seiner offiziellen Repräsentanten in Bezug auf Südossetien und Abchasien. Der generelle Konsens und die Zustimmung zur Außenpolitik der russischen Regierung haben sich während der Präsidentschaft Wladimir Putins herausgebildet und konsolidiert und sich insbesondere in den letzten Jahren noch einmal verstärkt. Die Politik der USA und der NATO haben zu dieser Konsolidierung beigetragen, indem Russlands Bedenken hinsichtlich der NATO-Erweiterungspläne und der Errichtung von Militärstützpunkten in Osteuropa sowie bezüglich des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems und der zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur – an der Russland sich aktiv zu

44 Alexander Yakovenko, the Spokesman of Russia's Ministry of Foreign Affairs, Answers Russian Media Questions Regarding Upcoming Meeting of Russia-NATO Council in Vilnius, 20. April 2005, inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen, unter: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcb3/2726d16b65b7aa99c3256fe900374fa5?OpenDocument.

45 Dmitri Medwedjew, zitiert nach: Salome Asatiani/Brian Whitmore, Russia: Moscow Eases Sanctions on Georgia, but Rattles Sabers over NATO, Radio Free Europe/Radio Liberty, 25. März 2008, unter: <http://www.rferl.org/content/article/1051045.html>.

46 Lawrow, a.a.O. (Anm. 26).

47 Tsyganow, a.a.O. (Anm. 41).

beteiligen wünscht – schlicht übergangen wurden. Russlands Beziehungen zur NATO und zu den USA befinden sich nicht auf einem Stand, der Russland dazu veranlassen könnte zu glauben, dass all diese Vorhaben nicht gegen Moskau gerichtet sind. Auch wenn Russland in der Vergangenheit immer wieder Entwicklungen, die es als negativ empfand, tolerierte, warnte es doch gleichzeitig davor, dass es nicht länger gewillt sei, politische Entscheidungen und Maßnahmen zu dulden, die es als antirussisch wahrnimmt. Diese Warnungen und Bedenken wurden und werden jedoch abermals in den Wind geschlagen.

Obwohl Russland und die westlichen Akteure weiterhin auf vielen Gebieten kooperieren und in vielerlei Hinsicht auch voneinander abhängig sind, werden die Probleme in den russisch-westlichen Beziehungen immer offenkundiger; gleichzeitig werden sie sowohl in Russland als auch im Westen in den innenpolitischen Debatten instrumentalisiert. So hat das Bild vom feindlichen Westen während der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland erheblich zur Konsolidierung der innenpolitischen Lage beigetragen. Ebenso war die Notwendigkeit, das böse, imperialistische Russland zu bestrafen, ein wichtiges Diskussionsthema während des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes 2008. All diese Gründe erklären, warum die Unterstützung der russischen Bevölkerung für den Kurs ihrer Regierung gegenüber Südossetien nicht nur vom Mitleid für die vom Saakaschwili-Regime angegriffenen russische Bürger getragen wurde, sondern auch von dem Verlangen, den USA und der NATO zu zeigen, dass Russland nicht länger Entwicklungen tolerieren werde, mit denen es nicht einverstanden ist. Man muss sich nur einmal vergegenwärtigen, dass ein Großteil der in den Meinungsumfragen Befragten glauben, dass die Politik der USA (oder auch der NATO) Saakaschwili direkt oder indirekt ermutigt habe, den Versuch zu wagen, den langjährigen Konflikt schnell und mit Waffengewalt zu lösen.

Experten, Politiker und Journalisten werden auch weiterhin darüber spekulieren, wie es zu der Situation in Südossetien kommen konnte, ob sich dieses Szenario in anderen Regionen wiederholen könnte und wer die Schuld an den Vorkommnissen trägt.

Russland unterstützte die beiden abtrünnigen Regionen während der gesamten neunziger Jahre und auch nach 2000. Damit trug es, wenn auch indirekt, zu den Provokationen und Spannungen in der Region bei und ließ sie zu. Aber auch wenn Moskau durch seine Unterstützung für die beiden separatistischen Gebiete einigen Einfluss auf Georgien gewinnen konnte, so wurde es doch gleichzeitig zur Geisel seiner eigenen Politik und der Handlungen der beiden Präsidenten jener Republiken, die es kürzlich anerkannt hat. Die Führungen Südossetiens und Abchasiens benutzten die russische Unterstützung zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele und Vorteile. Ihre Handlungen sind mitverantwortlich für die allgemeine Spannung in der Region. So bleiben nicht nur Zweifel an ihrer Loyalität gegenüber Russland, sondern Russland fand auch unter seinen GUS-Partnern keine echten Unterstützer für seine Politik.

Keiner der Partner hatte es eilig, Südossetiens oder Abchasiens Unabhängigkeit anzuerkennen. Russland musste deshalb einige wichtige Lektionen über die Effektivität der eigenen Politik innerhalb der GUS und die Loyalität seiner engsten GUS-Partner lernen. Darüber hinaus ist noch völlig unklar, welche Auswirkungen die russische Politik gegenüber den beiden separatistischen Republiken auf den eigenen instabilen Nordkaukasus und andere Regionen mit ethnischen Spannungen haben wird.

Die georgische Regierung mit dem jungen, energischen und prowestlichen Präsidenten Saakaschwili an der Spitze wiederum fasste die westliche Unterstützung (insbesondere durch die NATO und die USA) offenbar als Blankoscheck selbst für die verrücktesten Militäraktionen auf. Tiflis spielte dabei mit dem Wohlergehen seines eigenen Landes. Jedoch sollten die USA und auch viele andere NATO- und EU-Staaten darüber nachdenken, warum die georgische Regierung ihre Unterstützung in dieser Art und Weise interpretierte. Während die USA und die NATO Georgien in der Vergangenheit zu stark unterstützten, verhielt sich die EU in der Region weitestgehend passiv, und dies insbesondere auch im Hinblick auf den Konflikt.

Die Eskalation des Konflikts in Südossetien hat die Probleme in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen deutlich aufgezeigt. Gleichwohl entschied Russland sich, Saakaschwilis Regime nicht zu stürzen, auch wenn es dies gekonnt hätte. Es hätte dabei sogar wieder mit der Analogie zu Jugoslawien argumentieren können. Dies könnte bedeuten, dass Russland noch immer die Meinung des Westens schätzt und eine offene Konfrontation mit der NATO und den Staaten der EU vermeiden will. Noch während die westlichen Staaten die Möglichkeit von Sanktionen gegen Russland erörterten, wurde ihnen bereits klar, dass sie nicht viel würden tun können; die EU entschied sich folglich für „offene Kommunikationskanäle“ mit Russland. Russland braucht den Westen, aber ebenso braucht der Westen Russland. Die großen internationalen Herausforderungen und Probleme, mit denen sowohl Russland als auch der Westen konfrontiert sind, können nur gelöst werden, wenn der Dialog zwischen ihnen aufrechterhalten wird, und auch nur dann, wenn beide Seiten einen pragmatischeren Ansatz wählen und sich auf Bereiche der Zusammenarbeit konzentrieren und an der Herstellung von Vertrauen arbeiten, statt weiter an der Spirale aus Provokationen und Konfrontation zu drehen.